

Volker Kronenberg

Mayer, Tilman/Meier-Walser, Reinhard C. (Hrsg.): Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998, Olzog, München 2002, 304 Seiten, 18 Euro.

Agethen, Manfred/Jesse, Eckhard/Neubert, Erhart (Hrsg.): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und die Lebensläuge der deutschen Linken, Herder, Freiburg i. Br. 2002, 448 Seiten, 18 Euro.

„Neue Mitte“, „alte Mitte“, „linke Mitte“ – im Grunde scheint die Verortung der Mitte im parteipolitischen Spektrum heute recht einfach: Die Mitte ist links. Oder, mit den Worten Franz Münteferings: „In Deutschland ist die Mitte rot. [...] Die linke Volkspartei SPD, das ist die Mitte.“ Die Union hingegen, so die Analyse des SPD-Strategen, habe ihren Charakter als „Integrations- und Regierungspartei“ verloren und sei zur „Beliebigkeitspartei“ geworden, die zwischen

„deutsch-nationalen und Zentrums-Tönen“ schwanke – Stichwort „Leitkultur“.

Die Vehemenz, mit der die SPD den Platz in der Mitte des Parteienspektrums für sich beansprucht, überrascht keineswegs, denn „wer die Mitte ist, hat fast gewonnen“, wie Tobias Dürr, Autor eines jüngst erschienenen Bandes über das deutsche Parteiensystem, mit Blick auf den Ausgang der Bundestagswahl vom 22. September feststellt. Kein Wunder, dass die CDU-Vorsitzende Angela Merkel dem Dominanzanspruch der SPD mit dem logischen Hinweis zu begegnen sucht, die Mitte sei rechts von links. Gleichwohl kommt Tilman Mayer, Bonner Politikwissenschaftler und neben Reinhard C. Meier-Walser Mitherausgeber des achtzehn Beiträge umfassenden und multiperspektivisch angelegten Bandes, bei seiner Analyse der kulturellen Hegemonie in der Berliner Republik zu dem für die CDU/CSU ernüchternden Ergebnis, die poli-

tische Linke sei „hegemonial in der Mitte angekommen“. Anders formuliert: Die Gesellschaft habe sich also konsensuell nach links verschoben. Wie das?

„Die Linke“, erläutert Mayer, „hat die Themen besetzt und bestimmt damit den Ton, in dem über politische Fragen und Themen diskutiert wird. Der Ton wird nicht auf den Marktplätzen der Republik erzeugt, sondern in den bekannten tonangebenden Medien, von denen ernsthaft niemand behaupten möchte, sie stünden auf Seiten der Konservativen. [...] Die großen Themen der Zeit werden – moderat gewiss, keinesfalls mehr in polarisierender Praxis wie etwa noch in den 70er Jahren – von links her definiert.“ Hinzu kommt ein für die Arithmetik des deutschen Parteiensystems zentraler Gesichtspunkt, auf den Gerald R. Kleinfeld und Eckhard Jesse in ihren Beiträgen hinweisen: die Koalitionsoptionen der Parteien. Aktuell bieten sich folgende Möglichkeiten:

Rot-Grün, Rot-Rot-Grün, Rot-Rot, Rot-Grün-Gelb, Rot-Schwarz, Schwarz-Gelb. Damit, so Jesse, sei die SPD tatsächlich in einer strategischen Mitte-Position angesiedelt – „links“ von der Union und der FDP, „rechts“ von den Grünen und der PDS. Stichwort PDS: Dass sie als koalitionspolitischer Partner der SPD – wenn auch bislang offiziell nur auf Länderebene – akzeptiert wird, ist ein weiterer untrüglicher Indikator für eine Linksverschiebung des politischen Spektrums und der politischen Kultur in Deutschland. Wie aber kann es sein, dass die Nachfolgepartei der SED nur wenige Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR vielen als seriöse, zumindest unanstößige politische Kraft erscheint?

Nicht zuletzt diese Frage ist es, die im Mittelpunkt eines im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenen Sammelbandes zum Thema „Antifaschismus“ steht. „Antifaschismus“, so der Tenor der 33 Einzelanalysen dieses missbrauchten, zur DDR-Staatsdoktrin wie zur Lebenslüge der deutschen Linken degenerierten Begriffs, dient heute der PDS als ideologisches Fundament und zentrales Instrument im Rahmen ihrer bündnispolitischen Anstrengungen, Bestandteil

der politischen Normalität in Deutschland zu werden. Dabei richtet sich der bewusst als „antifaschistisch“ deklarierte Kampf keineswegs gegen jede Art von extremistischer Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie es das Prinzip der „streitbaren Demokratie“ des Grundgesetzes vorgibt. „Antifaschismus“ blickt ausschließlich nach „rechts“, wobei keineswegs klar ist, wo die „rechte“ Gefahr beginnt. Beginnt sie gar schon rechts von links? Tatsächlich erweist sich linker „Antifaschismus“ zunehmend als „Polypen-Begriff“, der in „richtungloser Beliebigkeit aggressiv gegen alles heraus-schnellt, was den Verdacht des Faschistoiden zwischen Mitte und Rechts nur annähernd bestätigen könnte“ (Manfred Funke). Was also tun?

Wohl wird man – wie Cora Stephan in ihrem Beitrag über die „Selektive Erinnerung“ an die deutsche Vergangenheit – daran erinnern müssen, dass die PDS „dank personeller Kontinuität weit näher“ an dem „Verbrechen“ des DDR-Mauerbaus und der Mauertoten zu finden ist als „NPD oder Republikaner an den Verbrechen Hitlerdeutschlands“. Ein infamer Vergleich? Nicht für den, der „Verstand und Gefühl für Geschichte

und Völkerrecht“ statt „antifaschistischen Bonus für die DDR und ihre Nachfolgeorganisationen“ als Maßstab wählt, betont die Autorin.

Angesichts der Existenz der „Kommunistischen Plattform“ innerhalb der PDS und angesichts der Tatsache, dass einzelne Vertreter der Partei in Aktionsbündnissen auch mit gewalttätigen Linksextremisten zusammenarbeiten und dabei Räumlichkeiten für Treffen oder technisches Gerät zur Verfügung gestellt und Materialkosten von der PDS übernommen sowie Demonstrationen angemeldet werden, ist es grotesk, wie die PDS, ungeniert am antifaschistischen „Gründungsmythos der DDR“ (Herfried Münkler) anknüpfend, „bei der NPD-Verbotsdiskussion als Gralshüterin des demokratischen Verfassungsstaates auftritt – als sei gerade sie dazu berufen“ (Eckhard Jesse). Sowenig sie dazu berufen ist und sowenig opportun aus machtpolitischem Kalkül eine Ausgrenzung der PDS aus Sicht der linken Demokraten auch scheint, so wenig wünschenswert kann eine „antifaschistische Republik“ (Manfred Wilke) sein, in der die Mitte links und der antitotalitäre Konsens der demokratischen Parteien aufgegeben ist.

Wer sich einer radikalen Partei, die die PDS nach wie vor ist, öffnet, kann nicht beanspruchen, die bestimmende Kraft der politischen Mitte zu sein. Denn die Mitte ist, so einfach wie logisch, gleich weit entfernt von beiden politischen Rändern des Verfassungsspektrums – also dort, wo rechts und

links nicht ist. Die Mitte ist dort, wo „Antifaschismus“ als propagandistischer Kampfbegriff um die kulturelle Hegemonie entlarvt, wo antitotalitärer Bürgerkonsens gestärkt und die freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen Anfechtungen von rechts- wie von linksaußen gleichermaßen vertei-

digt wird. „Neue Mitte“, „alte Mitte“, „linke Mitte“ – beide Sammelbände, zur rechten Zeit erschienen, leisten wertvolle Orientierungshilfe in Zeiten medialer Begriffsverwirrung. Sie schärfen den Sinn dafür, den klaren Blick auf die einfachen Wahrheiten nicht zu verlieren – oder ihn wiederzuerlangen.

Der Aufruf der acht

„Die wahren Bande zwischen den Vereinigten Staaten und Europa sind die Werte, die wir teilen: Demokratie, persönliche Freiheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Diese Werte überquerten den Atlantik mit jenen Menschen, die von Europa aufbrachen, um beim Aufbau der Vereinigten Staaten zu helfen. Heute sind sie bedroht wie nie zuvor.

Die Angriffe vom 11. September zeigen, wie sehr Terroristen – die Feinde unserer gemeinsamen Werte – bereit sind, diese Werte zu zerstören. Dieses Verbrechen war ein Angriff auf uns alle. [...]

Zum großen Teil dank des Muts, der Großzügigkeit und der Weitsicht der Amerikaner wurde Europa im 20. Jahrhundert gleich zweimal von Tyrannei befreit: von Nazi-Herrschaft und Kommunismus. [...]

Wir wissen, dass der Erfolg im täglichen Kampf gegen Terrorismus und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen die unbeirrte Entschlossenheit und den festen internationalen Zusammenhalt all jener Länder erfordert, denen Freiheit etwas wert ist. [...]

Wir haben klar, fest und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass wir die Welt von der Gefahr der Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins befreien wollen. Gemeinsam müssen wir darauf bestehen, dass sein Regime entwapfnet wird. Die Solidarität, der Zusammenhalt und die Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft sind unsere größte Hoffnung, dieses Ziel auf friedlichem Wege zu erreichen. Unsere Stärke liegt in unserer Einigkeit. [...]

Europa liegt nicht im Streit mit dem irakischen Volk, dem ersten Opfer des derzeitigen brutalen Regimes im Irak. Unser Ziel ist die Wahrung von Frieden und Sicherheit in der Welt, indem wir sicherstellen, dass dieses Regime seine Massenvernichtungswaffen aufgibt. Unsere Regierungen haben die gemeinsame Verantwortung, sich dieser Bedrohung zu stellen. Tatenlosigkeit hieße, unseren eigenen Bürgern und der gesamten Welt den Rücken zuzukehren.“

Tony Blair, Silvio Berlusconi, José María Aznar, J. M. D. Barroso, Peter Medgyessy, Leszek Miller, Václav Havel, Anders Fogh Rasmussen zitiert nach:
Frankfurter Allgemeine Zeitung am 31. Januar 2003